



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 4. Dezember 1884.

Nr. 566

Die Cholera.

London, 3. Dezember. Die „Times“ läßt sich aus Hongkong von gestern melden, unter der französischen Flottenmannschaft vor Formosa seien Cholerafälle vorgekommen.

Madrid, 3. Dezember. Die amtliche Gaceta wird heute eine Verordnung publiciren, durch welche die für Provinzen aus Italien und Südfrankreich angeordnete Quarantäne aufgehoben wird. Nur Reisende, die direkt von Paris kommen, sollen noch einer dreitägigen Beobachtung unterworfen sein, auch diese Maßregel aber soll vom 20. d. M. in Wegfall kommen.

Deutschland.

Berlin, 3. Dezember. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt:

Die in der letzten Zeit auf preussischen Eisenbahnen vorgekommenen, von beklagenswerthen Folgen begleitet gewesenen Unfälle sind, wie dies die Untersuchung ergeben hat, durch strafbare Leichtfertigkeit und unverantwortliche Nachlässigkeit untergeordneter Organe in Handhabung bestehender Vorschriften herbeigeführt worden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher, wie wir hören, um das Bewußtsein der schwereren Verantwortlichkeit zu schärfen und das Pflichtgefühl der mit Wahrnehmung des Stättenbetriebs betrauten Beamten zu steigern, Veranlassung genommen, mit besonderem Nachdruck auf die Strafbarkeit pflichtwidrigen Verhaltens hinzuweisen und den Eisenbahnbefehlenden aufzugeben, mit voller Strenge gegen die Schuldigen einzuschreiten. Gleichzeitig sind von ihm die geeigneten Anordnungen getroffen, um die genaueste Handhabung der für die Sicherheit des Betriebsdienstes bestehenden Vorschriften streng zu überwachen und nach Möglichkeit sicher zu stellen. Auf diese Weise soll eine größere Bürgschaft dafür erzielt werden, daß die Beamten alle Vorschriften, welche sie zu beachten haben, richtig verstehen, den Zweck derselben kennen und mit ihrer Handhabung genau vertraut sind, ungeeignete Beamte aber alsbald durch bessere ersetzt werden.

Berlin, 3. Dezember. In Reichstagskreisen wird angenommen, die zweite Lesung des Reichsetats werde bis zum 15. Januar zu Ende zu führen sein, also bis zur Eröffnung des preussischen Landtages, und da dieser in den ersten Tagen noch wenig beschäftigt sei, so werde die dritte Lesung bewirkt lassen, bis das Abgeordnetenhaus seinerseits in die Etatsprüfung eintrete. Auf diese Weise wird

eine Kollision zu vermeiden sein, die für später nur dadurch vermieden werden kann, daß der Reichstag auf mehrere Wochen vertagt wird. Der gestrige Hinweis des Kanzlers auf die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung erfährt die Deutung, daß Fürst Bismarck wohl eben so wenig nach Neuwahlen sich sehne, als die Abgeordneten und die Wähler. Auch tritt, hierdovon abgesehen, der vom Kanzler vorgesehene Fall schwerlich ein, denn die Dampfer-Subventionenvorlage erhält allem Vermuthen nach durch die Kommissions-Berberatung eine derartige Umgestaltung und Durcharbeitung, daß sich für den Entwurf im Plenum eine ansehnliche Mehrheit zusammenfinden wird. Es kommt die Meinung auf, in den späteren Stadien der Berathung werde dieselbe Unbefangenheit des Urtheils fortbestehen, die in der ersten Lesung zu Tage trat, und da jeder Verbesserungsvorschlag nur der Ausdruck des besten Willens und des alleinigen Bestrebens ist, der deutschen Sache nach jeder Seite hin förderlich zu sein, so kann es der Kommission wie dem Plenum nicht schwer fallen, zu einer allseitig befriedigenden Verständigung zu gelangen. Der Absicht der Reichsregierung, jedem Vorschlage zugänglich zu sein, der sich als eine Verbesserung des vorgelegten Entwurfs darstellt, hat bereits der Staatssekretär Dr. Stephan Ausdruck gegeben, und diese Aeußerung ist darum wichtig, weil aus ihr hervorgeht, daß die Reichsregierung nichts daran liegt, ihre Vorlage unverändert Geß werden zu lassen.

Es ist auffällig bemerkt worden, daß der Freiherr v. Schorlemer-Alst von den Sitzungen des preussischen Staatraths, dessen Mitglied er ist, sich fern hält. Nach einer Berliner Korrespondenz der „Rhein.-Westf. Ztg.“ erklärt man dieses Verhalten in folgender Weise: „Die Zentrumspartei hat bekanntlich in neuester Zeit wieder eine verschärfte feindselige Stellung der Regierung gegenüber im Allgemeinen eingenommen und insbesondere will sie seit dem Amberger Katholikentage den Sozialismus in möglichst enge Schranken verweisen. Wie sie sich zu dem sozialpolitischen Vorlagen der Regierung stellen wird, ist noch ein vollständiges Geheimniß. Jedemfalls aber will sie sich in keiner Weise die Hände binden, um entweder der Regierung erbitterte Opposition machen oder aber ihre Mitwirkung bei der sozialpolitischen Gesetzgebung möglichst theuer verkaufen zu können. Hätte nun, folgert man hier weiter, Frhr. v. Schorlemer sich an den Beratungen des Staatraths über die Unfallversicherungs-Vorlage betheiligt, so wäre er unter allen Umständen gezwungen gewesen, zu dieser Vorlage eine bestimmte, entweder zustimmende oder negirende, oder doch wenigstens

zu einzelnen Punkten eine freundliche bzw. feindselige Stellung einzunehmen. Damit hätte er aber nicht nur sich selbst, sondern in gewissem Maße als einer der Führer seiner Partei auch dieser die Hände gebunden, da es doch offenbar seine Pflicht gewesen wäre, den von ihm im Staatrath eingenommenen Standpunkt auch im Reichstage zu vertreten bzw. seiner eigenen Partei plausibel zu machen. Um dieser Zwangslage zu entgehen, habe er es für klüger gehalten, den Sitzungen des Staatraths gänzlich fern zu bleiben.“

Der allgemeine Ton in der gestrigen Verhandlung über die Dampfervorlage verdient volle Anerkennung. Der glühend heisse Chauvinismus und die dialektisch und rechnerisch überlegene Spottlust, die in diesem Sommer sich unerfreulich bemerkbar machten, haben einer sachlichen Behandlung Platz gemacht, die im Allgemeinen als sehr hochstehend und würdig zu bezeichnen ist. Namentlich mußte auch Bamberger sich vor allzu scharfen Sarkasmen, die in der Regel der Signer als Anlagematerial gegen den „vernünftigen Geist des Spötters“ benutzt, zu hüten. Die Jungferrede Stiller's hat noch mehr überrascht, als diejenige Börmann's, von dem man ja durch sein verschiedentliches öffentliches Auftreten mehr wußte. Stiller ist selbst in Distanz gewesen; den Beweis, daß die Dampferlinien unangebracht seien, hat auch er nicht führen können; aber er bewies wenigstens so viel, daß die Sachkenner keineswegs so eilig in der Befürwortung sind, wie es wohl behauptet wird. Börmann war merkwürdiger Weise der größte Chauvinist unter den Rednern. Die Flostel, zu der er sich hinarbeiten ließ, daß, wenn man englische Dampfer für den Postdienst als ausreichend erachte, man ja auch die englische Industrie als ausreichend für den deutschen Bedarf bezeichnen könne, ist eine „mit der haltbare Tagesleistung“. Herr Börmann vergißt ganz den Unterschied zwischen einer vom Nationalvermögen zehrenden Industrie und einer dasselbe bereichernden. Jedermann ist für unsere Industrie, Jedermann ist auch für Dampfer nach Asien u. s. w.; die Industrie zehrt nicht vom Nationalvermögen, sie ist ihrer selbst willen da, weil sie ihren Betheiligten Einkommen, Nahrung und Vermögenszuwachs gewährt. Thäten das die Dampferlinien nach Asien u. s. w. auch — wie es z. B. die nach Amerika thun — so würde kein Mensch sie für überflüssig erklären. Aber eben weil sie das nicht thun, deshalb soll das Nationalvermögen den Betheiligten den Schaden ersetzen. Allerdings wird mit guten Gründen gehofft, daß dem Nationalvermögen dieser Schaden wieder eingebracht wird, und zwar auf indirekte Weise.

Eben diese indirekte Weise fällt bei der Industrie bei allen selbstständigen Unternehmungen nicht weiter in Betracht, während es sich hier darum handelt, ob diese indirekte Bereicherung eintritt oder nicht. Siner Vergleich war also so schief wie möglich. Am besten für die Vorlage hat der Reichskanzler selbst gesprochen, denn in seiner Rede kam am schärfsten zum Ausdruck, daß sich die scharfen Rechner mit dem Vorhandenen einerseits und die auf die Zukunft vertrauenden Leute andererseits schroff gegenüberstehen. Ihre Standpunkte sind unvereinbar, es ist aber keineswegs a priori zu sagen, welcher der richtige ist. Wir neigen sehr der Ansicht zu, daß die Hoffnungen erfüllt und damit hinterher als richtig erwiesen werden.

In einem Leitartikel „Sozialismus und Individualismus“ schreibt die „Nordb. Allg. Ztg.“:

„Unter der Sorge für den Mittelstand darf der nichtbestehende Stand nicht übersehen werden: wir meinen damit die breite Masse der wirtschaftlich selbstständigen Existenzen, also den Arbeiterstand im Allgemeinen. Auch ihm würde eine korporative Organisation unter staatlicher Fürsorge die Möglichkeit geben, sich in seiner wirtschaftlichen Sphäre mehr zu betheiligen und vielfach zu verbessern. Wir denken auch hier wieder zunächst an die gewerbliche Arbeiterschaft. Jeder, der die seit einigen Jahren so lebhaft emporwühlende gewerblich-ökonomische Bewegung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft mit allen sie begleitenden Neben Umständen genauer verfolgt hat, wird sich kaum der Ueberzeugung verschließen, daß dieselbe nur dann eine segensreiche Zukunft haben kann, wenn ihr durch entsprechende legislative Eingriffe ihre richtigen Zielpunkte und eine gesicherte Basis mit der nöthigen Bewegungsfreiheit gegeben und damit einem verderblichen Abwärtsgehen auf falschem Terrain bei Zeiten vorgebeugt wird. Uns schwebt hierbei ein kürzlich ergangenes französisches Gesetz (vom 21. März 1884) vor, welches dieser Frage in einfacher Weise regelt und eine Uebertragung auf das landwirtschaftliche kommerzielle Gebiet keineswegs ausschließt. Auch dürften sich die in Frankreich und England bereits vielfach geübten Prinzipien der Gewerbetheiligung und der Korporation (Associationprinzip) einer regen Nachahmung wohl empfahlen lassen, weil damit Jedem die Möglichkeit, sich durch Energie in den nächst höheren Stand hinaufzuarbeiten, offen gehalten und damit unserm sozialen Leben die Harmonie wieder gegeben würde, die wir heute in demselben so schmerzlich vermiffen. Damit hätten wir in knappen Umrissen gezeigt, was wir für die nächste und größte Aufgabe unserer inner-

Feuilleton.

Aus Kaiser Wilhelms Jugendzeit.

Dem unter diesem Titel im Verlag von Gressner und Schramm in Leipzig erscheinenden illustrierten Prachtwerk von Max Hermann Gärtner entnehmen wir die folgenden Schilderungen, welche die in den Jugendjahren unseres Kaisers am preussischen Hofe herrschende Sparsamkeit treffend kennzeichnen.

Der Hofrath Ternte, welcher königlicher Gallerie-Inspektor in Potsdam war, sollte den König malen. Er griff bereits nach dem Pinsel, als er bemerkte, daß der König in einem alten abgetragenen Rock, der ihm nicht recht mehr paßte, in sein Atelier gekommen war, weshalb er einen Diener herbeirief und ihm befohl, dem König eine neue, besser passende Uniform zu holen. Der König hielt den Diener zurück. „Ich weiß nicht, Ternte, was Sie wollen“, sagte er. „Was haben Sie an dem Rock zu tabeln? Ist noch sehr gut und mir besonders lieb! Mein guter alter treuer seliger Heinrich hat ihn mir noch besorgt. In Ehren halten! Nach einigen Jahren will ich Ihnen diesen Rock zum Andenken schenken. Wo denken Sie hin? Mit mir steht's anders, als mit anderen Menschen. Wenn Sie sich einen neuen Rock machen lassen, so können Sie das thun, und brauchen, sobald Sie das Geld dazu haben, weiter keinen zu fragen, aber wenn ich die Groschen nicht spare, so haben ja meine Unterthanen keine Thaler.“

So sparsam der König in allen, ihn selbst betreffenden Ausgaben war, so freigebig war er gegen andere, namentlich, wenn es galt, Noth zu lindern. Zahllos sind die Fälle, in denen er mit freigebiger Hand gespendet, sobald er sich überzeugt hatte, daß der Empfänger der Gabe würdig war, aber keiner

zeigt seine Mildthätigkeit in so hellem Licht wie ein reitender Zug, der aus seinen Kinderjahren berichtet wird. Friedrich Wilhelm war ein Knabe von zehn Jahren, als ihm an einem eifrig kalten Januarstag sein Kammerdiener ein köstliches Kirchengeschenk brachte, die im Treibhause zu früher Reise gelangt waren. Der Prinz war im ersten Augenblick erfreut, als er aber erfuhr, daß die Kirchengeschenke 5 Thaler kosten sollten, lehnte er ihren Ankauf ab. „Ich mag und will sie nicht“, sagte er entschieden. Als aber bald darauf ein Schuhmachermeister aus Potsdam, der durch lange Krankheit in Noth gerathen war, ihn um 20 Thaler bat, damit er Feder einkaufen und sein Geschäft wieder beginnen könne, wies der junge Prinz seinen Kammerdiener ohne lange Bedenken an, dem Mann die erbetene Summe auszuzahlen, trotzdem dieselbe den kleinen Geldbetrag, über den er verfügen konnte, fast zur Hälfte erschöpfte.

Eine der hübschesten Episoden aus dem Leben des Königs, welche die Grenze zehet, die bei ihm zwischen Sparsamkeit und Freigebigkeit bestand, ist die folgende: Als er eines Morgens wie gewöhnlich nach Erledigung der ersten Arbeiten in das Wohnzimmer der Königin kam, um dort mit ihr zu frühstücken, bemerkte er auf einem Tische eine neue Haube. Er betrachtete sie und fragte nach dem Preise. Die Königin will ihn anfangs nicht nennen. Es sei nicht gut, meint sie, wenn die Männer sich darum kümmern, was der Paß ihrer Frauen koste, denn es fehle ihnen das Verständniß dafür und alles erscheine ihnen zu theuer. Da der König aber weiter in sie ertogt und den Preis der Haube trotzdem zu wissen wünscht, sagt sie endlich, die Haube koste nur 4 Thaler, denn sie habe eine der billigen gewählt. „Nur 4 Thaler?“ ruft der König. „Geschwätz! Viel Geld für so ein Ding!“ In scherzendem Tone macht er der Königin Vorwürfe über solche Verschwendung, und scheint sich gar nicht bemühen zu können.

Blöthlich unterbricht er seine Promenade durch das Zimmer, bleibt am Fenster stehen und winkt einem vorübergehenden Invaliden, heraufzukommen. Wenige Minuten später wird der alte Krieger eingelassen. Der König geht ihm entgegen und spricht: „Die Dame, welche her auf dem Sopha sitzt, hat viel Geld, denn was meinst du wohl, alter Kammerad, was sie für die Mühe gegeben, die da auf dem Tische liegt? Darfst dich aber nicht blenden lassen von dem schönen Rosabande!“ Verlegen betrachtet der Invalide die Haube; seine Blinde verrathen klar und deutlich, daß die Königin recht gehabt, als sie sagte, daß Männern für dergleichen das Verständniß fehle. „Na, die wird wohl einige Groschen kosten!“ pläzt er endlich heraus. Da läßt der König fröhlich auf und ruft: „Da hörst du's! . . . Ja, was Groschen! Vier Thaler hat sie dafür bezahlt! . . . Nun geh mal hin und laß dir von der schönen Frau ebensoviele geben!“ Die Königin zieht sofort ihre Börse und reicht dem Alten vier Thaler, aber dabei zuckt es schmerzhaft um ihren schönen Mund. „Sieh mal“, sagt sie zu dem Invaliden, „der hohe Herr, der da am Fenster sitzt, hat viel mehr Geld als ich. Alles, was ich habe, habe ich nur allein von ihm, und er giebt gern. Nun geh auch zu ihm und laß dir das doppelte, acht Thaler geben!“ Mit fröhlichem Lachen sieht sie zu, wie der König achselzuckend die Börse zieht und acht Thaler in die Hand des Invaliden zählt, der sich dann unter vielen Danksgungen, von dem Glückwünschen des hohen Paares begleitet, zurückzieht.

Wie in allem Guten und Edeln schienen die beiden Ehegatten auch im Wohlthun mit einander zu wetteifern. Die Königin, die niemand leiden sehen konnte, und die, sobald sie irgendwo ein betrübtes Gesicht sah, nicht ruhte, bis sie die Ursache der Betrübnis erfahen und nach Kräften geholfen hatte, verleitete ihr Herz oft zu Ausgaben, welche die gerade

nicht zu reichlichen Geldmittel, über welche sie verfügte, erschöpften. Der Geheimne Kammerer Wolter, aus dessen Händen sie vierteljährlich die aus der Schatzkammer des Königs ihr zu zahlende Summe empfing, sollte nun helfen: Die Königin verlangte von ihm einen Vorschlag auf die nächste Quartalsrate. Wolter war aber Bureaukrat durch und durch, peinlich gewissenhaft in den ihm anvertrauten Geldgeschäften, dabei eines jener Originalen, an denen die Zeit Friedrich Wilhelms III. so reich war. Das Verlangen der Königin war nicht nach seinem Geschmack. „Bei mir“, gab er ihr einst zur Antwort, „wuf alles jeden Monat seine Nichtigkeit haben, und bei Vorlegung meiner Rechnungen darf ich in der Ausgabe keine Vorschüsse notiren. Des Königs Majestät wollen und gestatten das nicht. Wahrhaftig, Ihre Majestät, das geht ferner nicht mehr so! Sie geben sich noch arm!“ Weit entfernt, ihm diese kläglich bärbe Antwort übel zu nehmen, erwiderte die Königin Louise: „Guter Wolter, ich liebe meine Kinder, und das Wort Landeskind hat für mich einen süßen Klang. Der Gedanke, haben meinem besten Freunde, dem Landesherrn, die Landesmutter zu sein, entzückt mich. Ich kann und darf nicht von ihm lassen, und muß helfen überall, wo es noth thut.“ Wolter blieb zwar unerschütterlich auf dem Standpunkt, welchen seiner Meinung nach die Pflicht ihm vorschrieb, aber er erbot sich, seinem Herrn den Wunsch der Königin mitzutheilen. Diese war damit zufrieden und schickte nur noch die Ermahnung hinzu, es dem König so mitzutheilen, „daß er ja nicht böse wird!“ Der König wurde nicht böse. . . bald darauf fand die Königin das Fach ihres Schreibstisches, in welchem sie ihr Geld zu verwahren pflegte, wieder gefüllt.

(Schluß folgt.)

ren Politik erachten. Die ersten Schritte auf diesem Gebiete, dessen ungemessene Schwierigkeit wir am allerwenigsten verkennen wollen, sind mit der Gesetzgebung der letzten Jahre bereits gemacht worden. Betrachten wir aber das, was geschehen ist, und das, was noch zu thun übrig bleibt, so will uns dünken, daß ein gedehlicher Fortgang nur dann zu erwarten ist, wenn an die gestellte Aufgabe allseitig mit sachlichem, vorurtheillosem Urtheile und mit ernstem, energischem Willen herangezogen wird, alle nichtigen Haarspaltereien und unfruchtbaren Parteilichkeiten aber zu Gunsten des Gesamtwohls aufgegeben werden. Um so gefährlicher erscheinen uns deshalb die Anträge, mit denen gewisse Parteien den jungen Reichstag bereits zu belasten suchen; denn nicht allein, daß dieselben jener großen Aufgabe gegenüber völlig irrelevant erscheinen, können sie nur dazu dienen, die Parteilichschaften aufs neue zu entzweien und dem neuen Reichstage von vornherein ein höchst zweifelhaftes Prognosestücken zu stellen. Das gezeichnete sozialpolitische Programm bietet aber einen gewissermaßen neutralen Boden, auf welchem bei erstem Willen jede Partei mitarbeiten kann, selbst die sozialistische."

Ueber die heutige Kommissions-Sitzung der westafrikanischen Konferenz gehen uns folgende Mittheilungen zu:

"Die Kommission für den Vertrag wegen der freien Schifffahrt auf dem Kongo und dem Niger hat am Dienstag ihre erste, kurze Sitzung abgehalten. Verschiedene Bemerkungen wurden ausgetauscht, unter welchen wir namentlich diejenige des russischen Bevollmächtigten erwähnen. Derselbe bemerkt, daß die Einleitung zu dem vorgelegten Entwurf auf den Wiener Kongress Bezug nehme, welcher gewisse Prinzipien über das Schifffahrts-Regime auf den Flüssen aufgestellt habe, deren freie Benutzung von internationalem Interesse sei." Die Wiener Kongress-Acte, bemerkt der russische Herr Bevollmächtigte, spreche nur von "Flüssen, welche verschiedene Länder durchlaufen oder von einander trennen", er wolle nur auf diese formelle Divergenz der Texte aufmerksam machen.

Uebrigens hat die Kommission nach kurzer Beratung beschlossen, eine Unter-Kommission behufs Vorprüfung der Vorlage zu ernennen. Dieselbe wird bestehen aus folgenden Mitgliedern: Rufferow (Deutschland), Engelhard (Frankreich), Lambertot (Belgien), Crowe (England) und Cordeiro (Portugal). Diese betreffende Kommission hat bereits nach geschlossener Kommissions-Sitzung ihre Beratungen begonnen und wird dieselbe während der zwei nächsten Tage fortsetzen, um womöglich am Freitag der Kommission Bericht zu erstatten. Somit werden bis dahin weder Kommissions- noch Konferenz-Sitzungen stattfinden.

Von mehreren unterrichteten Seiten hören wir, daß ein Antrag wegen Neutralisation der Gebiete des Kongobens wohl kaum bei der Konferenz wird eingebracht werden können, indem diese Frage außerhalb des Programms steht, auf Grund dessen die Einladungen ergangen sind. Doch ist zu unterscheiden zwischen der Neutralisation des Landesgebietes, und derjenigen der exploitirenden Ströme. Diese letztere ist sehr wohl zulässig und eigentlich selbstverständlich.

Was übrigens das Zustandekommen der Schifffahrts-Konvention anbelangt, so wird daran nicht gezweifelt, wenn dieselbe zu lebhaften und ausdauernden Erörterungen Anlaß geben wird. Jedenfalls werden England einige Konzessionen in Bezug auf den Niger gemacht werden: nur unter dieser Bedingung ist auf die Zustimmung dieser Macht zu rechnen, und bekanntlich müssen alle Beschlässe der Konferenz einstimmig gefaßt werden, um volle internationale Gültigkeit zu erlangen."

In der afrikanischen Konferenz gelangte, wie die "Nordd. Allg. Ztg." mittheilt, gestern ein Antrag des amerikanischen Bevollmächtigten Herrn Sanford betreffend die Schifffahrt auf dem Kongo und heute Morgen ein Memorandum des englischen Vorkämpfers Sir Malet bezüglich der Niger-Schifffahrt zur Berathung.

Ueber die von uns berichtete Begründung einer Beane-Handelsgesellschaft in Hamburg schreibt die dortige "Börsehalle":

Der Verlauf der westafrikanischen Konferenz läßt mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Handelsfreiheit und der freie Schifffahrtsverkehr auf den beiden mächtigsten und schiffbarsten Wasseradern des afrikanischen Kontinents gegeben und gesichert wird. Die Bedeutung Afrikas für den deutschen Handel, für Berg- und Plantagenbau, ja selbst Kolonisation in einzelnen Gebieten wird dadurch wesentlich erhöht werden; namentlich gilt dies von dem Beane-Gebiet, das vom Hochlande von Kamerun nur durch das mittlere Thal des Alt-Calabar getrennt ist. Das weite fruchtbare Hochland (mittlere Pashöhe 4500 bis 5000 Fuß) ist von unserem Landsmann Flegel wie von keinem Zweiten durchforscht worden, derselbe hat jetzt die Aaregung zur Errichtung einer Beane-Kompagnie gegeben, zu der die Vorbereitungen in besten Gange sind. Einem uns vorliegenden Artikular-Flegel's entnehmen wir, was folgt:

"Der Handel der Franzosen und Engländer im Niger-Becken hat sich seit 1879 ungefähr verdreifacht, es liefert und köante liefern: Palmöl, Palmkerne, Kava, Sesam, Schabutter, Erdnüsse, Eisenbein, Kautschuk, Kaffee, Kakao, Tabak, Gewürz und Drogen verschiedenem Art, Indigo, Ebenholz, Holz zur Holzschneidelauf, Faserstoffe, Reis, Mais, Guineakorn, Weizen bei Jola, Jelle, Hünte, Wachs, Honig, Horn, fettes Thone, Kupfer, Blei, Zinn, Eisen u. s. w. Von deutschen Fabrikaten finden ein gutes Absatzgebiet: Omever in Rissen, Rum in Korbfaschen, Gewehre, Salz, Steingut, Glas- und Eisenwaaren, Kupfer, Messing, Flanelle, Tuche u. Der erste Schritt ist die Erwerbung von Grundbesitz für Faktoreien, Eile thut Noth, da die National-African-Company seit 1883 auch den Beane bis Jola in

ihren Bereich gezogen hat. Allerdings hat sich diese Gesellschaft durch Anlauf theurer und unpraktischer Schiffe, Uebernahme der Faktoreien der Compagnie du Senegal große Kosten auferlegt. Nothwendig wäre vor Allem ein kleines Dampfschiff (ca. 40,000 Mk.); der Kostenschlag für die Unteruchungsarbeiten ergibt 21,000 Mk. jährlich an Gehalt (davon 3500 für einen Ingenieur und 15,000 für zwei verantwortliche Agenten), 60,000 Mk. für Proviant, Ausrüstung, Holz und Kohlen der Expedition."

Flegel will sich vorläufig ganz in den Dienst dieser Idee stellen, gestützt auf eine neunjährige Erfahrung an der Westküste Afrikas und auf seine Kenntnisse als Kaufmann. Er könnte dabei zugleich, unter Förderung des Planes, die mit der afrikanischen Gesellschaft eingegangene Verpflichtung erfüllen und die Route von Namana nach dem Kamerungebirge ausführen. Unsere Hamburger Firma Jansen und Thormählen hat sich erboten, die Geschäftsführung des Unternehmens zu führen. Das Kapital des Konsortiums soll in 500,000 Mark, getheilt in 50 Anteile auf Namen von je 10,000 Mark ohne Solidarität bestehen. Jansen und Thormählen nehmen einen Antheil, Flegel leitet die erste Expedition behufs Landvermessung, Gründung von Faktoreien, Abschluß von Handelsverträgen u. s. Bis zum 31. Dezember 1889 soll entweder 1) die Errichtung der Beane-Kompagnie vorgenommen, oder 2) die Liquidation des Konsortiums beschafft oder 3) eine Prolongation des derzeitigen Verhältnisses beschlossen werden.

Zwischen Oesterreich und Frankreich droht ein erneuerter Konflikt um Ausbruch zu kommen. Wie ein Wiener Korrespondent depeßiert, ertheilte der dortige französische Botschafter bereits eine vorläufige Antwort auf Oesterreichs Vorstellungen wegen der Erhöhung der Getreidezölle, indem er andeutete, daß österreichische Repräsentanten Frankreich vielleicht zu noch entschiedenerem Vorgehen bestimmen könnten.

Im englischen Unterhause kam gestern die Flottenfrage zur Debatte. In unserem gestrigen Abendblatt ist bereits telegraphisch berichtet, wie der erste Lord der Admiraltät, Northbrook, seinen Tonis die ungedrochene Oberherrschafft Englands auf dem Meere verkündete. Die nun ein Londoner Korrespondent telegraphirt, tadeln heut früh sämtliche unabhängigen Blätter Londons auf das Schärfste die ziemlich hochmüthige Sprache Northbrooks bezüglich der Marine-Kritiken in den Zeitungen und Zeitungsartikeln und mißbilligen Northbrooks' offiziellen Optimismus. Sie weisen auf das unzulässige Verfahren hin, da schließlich doch keine 5 Millionen Pfund Sterling absolut notwendiger Extra-Kredit verlangt werden. Der Minister sei jedenfalls unfähig und nicht staatsmännisch. Entweder ließe der Minister sich jetzt durch das "Zettungsgeheer" zu dem Entschluß nötigen, oder er habe die Nothwendigkeit derselben nicht bei der Feststellung des regulären Budgets gesehen. In beiden Fällen sei es tadelnswerth. Uebrigens billigen alle Blätter, daß wenigstens ein Anfang zur Besserung gemacht werde und möglich sei.

Der am 1. Dezember zusammengetretene Kongress der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird schon bald darauf bis zum 3. oder 4. Januar vertagt werden, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die Weltausstellung in New-Orleans zu besuchen. Zusammengefaßt ist das neue Repräsentantenhaus aus 182 Demokraten, 141 Republikanern, 1 Greenbader und 1 Fusionisten. Im Vergleich zu dem letzten Repräsentantenhause haben darnach die Demokraten 19 Sitze verloren, die Unabhängigen 4 und die Republikaner und Fusionisten 22, resp. 1 Sitz gewonnen. Infolge dieser Verschiebung der Parteiverhältnisse zu Gunsten der Republikaner scheint es auf den ersten Blick, als wenn die Aussicht auf eine Tarifreform sich verschlechtert hätte. In Wirklichkeit, so bemerkt die "N. Y. H. Z.", verhält es sich damit jedoch anders. Gegen die sog. Morrison-Tarifvorlage, die diesen Sommer durchsief, hatten 41 Demokraten gestimmt. Sie handelten so, nicht allein, weil sie sich der Föhrung des hartnäckigen Schugzöllners Randal von Pennsylvanien unterworfen, sondern auch weil sie von dem Glauben besangen waren, daß ihre Konstituenten es von ihnen verlangten. Von diesen 41 Volks-Repräsentanten kehren nur 18 in den neuen Kongress zurück. Von den Republikanern stimmten 118 gegen die Morrison-Bill. Von diesen sind 74 wieder- und 44 nicht wiedergewählt. Vier Republikaner von Minnesota, die für die Bill stimmten, sind alle wiedergewählt. Insgesamt werden aus dem letzten in das neue Repräsentantenhaus 60 Prozent der alten Mitglieder übertreten. Insofern auf ihrem Einflusse als demnachstige leitende National-Partei, dürfte es den Demokraten nicht schwer fallen, bezüglich des Tarifs endlich eine segnerreiche Aenderung zu erzielen, zumal die eben erwähnten Zahlen so gute Aussichten für diese gute Sache eröffnen.

Ausland.

Paris, 2. Dezember. Nachdem es gestern dem Minister des Innern, Waldeck Rousseau, gelungen war, die Kammer zur endgültigen Verwerfung des Amendements Achard zu bewegen, hat derselbe Minister heute eine Niederlage erlitten. Gleichzeitig ist das Senatswahlgesetz als gefährdet zu betrachten. Zu Beginn der Sitzung hatte die Kammer trotz des energischen Widerspruches des Ministers mit 372 gegen 135 Stimmen ein Amendement in Betracht gezogen, wonach für den Senat dieselben Unvereinbarkeiten („incompatibilités") wie für die Kammer existieren sollen. Sodann kam das Amendement Floquet an die Reihe, wodurch das ganze Prinzip der Vorlage radikal verändert wird. Anstatt der Wahl durch die Delegirten der Gemeinderäthe, bestimmt der Antrag Floquet, daß die Senatoren mittelst des Listenkreuziums durch direkte und allgemeine Abstimmung gewählt werden. Floquet vertheidigte länger als gewöhnlich in einer sehr pathetischen Rede seinen An-

trag, welchen der Minister des Innern Waldeck Rousseau als absolut unannehmbar, als der vollständigen Verwerfung des Gesetzes gleichkommend bekämpfte. Bei der Abstimmung wurde jedoch der Antrag mit 267 gegen 250 Stimmen angenommen.

Dieses unerwartete Ergebnis rief lebhafteste Sensation hervor. Der Referent Leon Renault erklärte sofort, daß er seine Demission als Berichterstatter gebe. Die Fortsetzung der Debatte wurde auf Donnerstag verschoben. In den Colloquies der Kammer hieß es sofort, der Minister des Innern würde seine Entlassung nehmen. Abends wurde erzählt, Waldeck Rousseau habe wirklich eine derartige Absicht geäußert, wäre aber durch Jules Ferry davon abgebracht worden. Der Rabinetsrath ist auf morgen früh einberufen, um über die durch das Botum geschaffene Situation zu berathen. Der Minister des Innern hatte allerdings nicht die Rabinetsfrage gestellt, trotzdem bleibt aber die Annahme des Antrages Floquet für den Minister des Innern persönlich eine Niederlage.

Paris, 3. Dezember. Es findet keine Ministerkrise statt. Das Ministerium soll beabsichtigen, das von der Kammer beschlossene Wahlgesetz dem Senate zu unterbreiten, der unzuverlässig das Amendement Floquet verweist. Sodann geht die Vorlage an die Kammer zurück, in welcher das Ministerium die Rabinetsfrage stellen wird. (Nat.-Ztg.)

Petersburg, 26. November. Der "Pol. Korr." wird von hier geschrieben:

Der Hof beschäftigt auch in diesem Winter wieder in Ostasien ein zurückgezogenes Leben zu führen. Obwohl bis jetzt keine endgültige Bestimmung getroffen ist, kann es doch als ziemlich sicher betrachtet werden, daß die Residenz des Kaiserpaars nach Neujahr für zwei oder höchstens drei Wochen nach Petersburg verlegt werden wird. Zu dieser Zeit werden mehrfache Hoffeste stattfinden, zum Theile in den Prachtzälen des Winterpalastes, zum Theile im Antischlow-Palais. Uebrigens soll, wie man in Hofkreisen hervorhebt, der Kaiser von seinem früheren Entschlusse, nie die Residenz in den Winterpalast zu verlegen, abgesehen sein. Es heißt, er beabsichtige, die gegenwärtige Wohnung des Großfürsten-Admirals Alexei Alexandrowitsch im westlichen Flügel des Winterpalastes zu beziehen, sobald dieser das neue große Palais bezogen hat, welches am Moskwa-Quai, der Admiraltät gegenüber, für ihn gebaut wird und gegenwärtig seiner Beendigung naht; für dieses Mal hat der Hof, welcher gestern Nachmittag hierher überfiedelte, noch im Antischlow Palais seinen Aufenthalt genommen. Dort hat auch die Kaiserin, welche heute ihren Geburtstag feiert, um 1 Uhr die Glückwünsche der Mitglieder der kaiserlichen Familie und verschiedener hochgestellter Persönlichkeiten entgegengenommen. Um 3 Uhr unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt in offenem Wagen durch den Newsky-Prospekt und die große Moskwa. Heute Abend finden Festveranstaltungen in allen Theatern statt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. Dezember. Die Bestimmung des § 343 Th. 1 Akt. 5 des Allgem. Landrechts, wonach die Verjährung wegen Gewährleistung für natürliche Fehler einer übernommenen Sache mit dem Empfang der Sache beginnt, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 5. Zivilsenats, vom 15. Oktober d. J., in Bezug auf den Erwerb von Grundstücken dahin aufzufassen, daß die einjährige Verjährung mit dem Termin der Auflassung des festerbesetzten Grundstücks beginnt, auch wenn weit früher die thatsächliche Tradition des Grundstücks und ein darüber mündlich vereinbarter Ueberlassungsvertrag vorhergegangen ist.

In einem in Berlin erscheinenden Blatt "Lobengrin" lesen wir: "Der Rauchklub 'Dualim' in Stettin hatte vor ca. 3 Wochen einen 'Zigarren-Rauch-Kongress', welcher von 65 Rauchern besucht war. Für denjenigen, welcher in 3 Stunden die größte Anzahl Zigarren aufgeraucht hatte, war ein silberner Nischbecher als Ehrenpreis ausgesetzt. Von den 4 stärksten Rauchern, welche 13-17 Stück aufrauchten, ging Herr Müll als Sieger hervor. Im Rauchsaal soll man schon nach 1 1/4 Stunden nichts mehr als den blauen Rauchqualm gesehen haben." Hier in Stettin ist von einem derartigen Kongress nichts bekannt geworden, auch trauen wir keinem hiesigen Verein oder Klub ein so haarsträubendes Nikotin-Arrangement zu.

Heute, Donnerstag Abend, veranstaltet der Sängerkorps der Stettiner Handwerker Ressource unter Leitung seines Dirigenten, des Herrn Lehrer R i e d e, in Wolff's Saal ein Vokal-Konzert, welches wir mit Rücksicht auf sein reichhaltiges und abwechslungsreiches Programm der Beachtung empfehlen.

Der Orangenaufseher Hartmann, welcher vor einigen Monaten durch Urtheil der hiesigen Strafkammer wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurtheilt wurde, ist, wie wir hören, in der Strafanstalt zu Gollnow verstorben.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: "Der Postillon von Lonjumeau." Komische Oper in 3 Akten.

Aus den Provinzen.

Neustettin, 2. Dezember. (Berl. Tgl.) Nach einer jeden eingelassenen Depesche ist auf der Eisenbahnstrecke Ragnow-Könitz heute Nachmittag der Zug Nr. 433, welcher hier planmäßig 1 Uhr 46 Minuten eintreffen muß, die Station Tempelburg in der Nähe der Haltestelle Schwarsje bei beständigem Schneesturm und in Folge großer Schneeweichen, welche sich auf dem Geleise angehäuft hatten, entgleist. Passagiere sind unverletzt geblieben; dagegen

hat der Maschinistführer sehr schwere innerliche, der Heizer weniger bedeutende Verletzungen davongetragen. Maschine und Tender liegen im Graben; vier Wagen sind total zertrümmert. Von hier aus sind Wagen zur Aufnahme der Reisenden abgelassen worden. Der Zug aus Könitz, welcher hier planmäßig um 11 Uhr 46 Minuten Vormittags ankommen soll, ist bis zur Stunde, 5 Uhr Nachmittags, noch nicht entgegengenommen; derselbe liegt zwischen Schlochau und Könitz im Schnee.

Köln, 2. Dezember. Im Jahre 1866 wurde die damals verehelichte Maurer Stredt zu Neustettin von dortigen Schwurgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt, weil sie für schuldig erachtet worden war, ihr 9 Monate altes Kind vorsätzlich getödtet zu haben. Die Stredt hatte ihre Ziege geschlachtet und, weil sie einmal bei der Arbeit war, auch gleich ihr Kind vorgekommen und demselben den Hals abgeschlachtet; sie hatte dasselbe regelrecht abgeschlachtet! Ihr ganzes Benehmen bei der schrecklichen That ließ vermuthen, daß sie im Wahnsinn das Furchtbare verübte, die Geschworenen verneinten jedoch diese dahin gehende Frage und sprachen sie der vorsätzlichen Tödtung schuldig, worauf — nach dem alten Strafgesetzbuch — auf lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt werden mußte. Jetzt, also nach 18 Jahren — nach dem heutigen Strafgesetzbuch ist bekanntlich die höchste zeitliche Zuchthausstrafe nur 15 Jahre — ist von der Direktion der Strafanstalt, in welcher die Stredt ihre Strafe verbüßt, der Antrag auf Begnadigung gestellt, dem Sr. Majestät der Kaiser stattgegeben hat. Wir wollen noch einen Vorfall, der kurz nach der Verurtheilung der Stredt sich ereignete und aus dem sich vielleicht auf die Nichtzurechnungsfähigkeit des unglückseligen Weibes schließen läßt, erwähnen; die Zelle, in der die Stredt sich damals befand, lag im 3. Stockwerk des Gefängnisses, in einer Nacht fanden Aufseher die Verurtheilte jammernd im Hofe auf dem Boden liegen; sie hatte einen Hufschraubenschlüssel, sich völlig entledigt, ihr Hemde zerrissen, die einzelnen Stücke zusammengebunden und am Fenster der Zelle befestigt. Sie hatte sich dann hinabzulassen versucht, das schwache Seil, das übrigens gar nicht einmal bis zur Erde reichte, hatte die Last nicht zu tragen vermocht, es war gerissen und der Sturz auf den Boden war die Folge gewesen. — Im Laufe der 18 Jahre ist die Stredt fast völlig stumpfsinnig geworden.

Bermischte Nachrichten.

Gradenz, 28. November. Aus einer Ortschaft in der Nähe von Lissen ist dem "S. S." zufolge der königl. Staatsanwaltschaft folgender Verfall zur Anzeige gebracht worden. Ein Brautpaar wollte auf dem Standesamte die Ehe eingehen. Während nun die Braut zu Hause zurückblieb, um das Hochzeitsmahl zu bereiten, ging ihre verheirathete Schwester mit dem Bräutigam zum Standesbeamten und vertrat ihre Stelle. Am Sonntag darauf wurde die richtige Braut in der Kirche mit dem Bräutigam getraut, ohne daß die zivilrechtliche Eheschließung vorgegangen war. Die Ehe ist natürlich nichtig, außerdem sehen die Betheiligten ihrer Bestrafung wegen Urkundenfälschung entgegen.

Ueber ein Projekt amerikanischer Elektriker wird der "Am. Corr." aus Newyork, 19. v. M., geschrieben: Auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens der Union, wenn nicht der Welt, steht uns eine wichtige Umwälzung bevor: Eine allgemeine Erzeugung des Dampfes durch elektrische Kraft. Gestern Abend tagten hier nämlich die Vertreter der verschiedenen Elektrizitäts-Gesellschaften (u. a. waren Thomas A. Edison, Dr. Siemens, Leo Draft, Stephen Field, die Brush Electric Company vertreten), um über die Einführung von elektrischen Motoren für Eisenbahnen Berathung zu pflegen. Auf einer der hiesigen Hochbahnen soll in nächster Zeit bereits ein praktischer Versuch gemacht werden und von dem Verlauf desselben wird es abhängen, ob sich die verschiedenen Gesellschaften konsolidiren werden, um die Fabrikation von elektrischen Motoren, welche an Stelle des jetzigen Dampftriebs treten würden, gemeinsam zu betreiben. (Die ein späteres Telegramm aus Newyork meldet, ist die Gründung einer Gesellschaft mit einem Kapital von einer Million Dollars zu Stande gekommen.)

Ueber einen Unfall mit höchst traurigem Ausgange, der sich vorgelesen auf dem Kaiserenshof zu Bodenheim ereignete, erfährt die "Frankf. Ztg." folgendes. Premierlieutenant von Rainsdorf, vom Thüringischen Dragoner Regiment als Brigade-Adjutant nach Bodenheim kommandirt, stürzte mit seinem Pferde und gab alsbald seinen Geist auf. Der Offizier hatte mit seiner Reiterte nach einem auf einem Apfel stehenden Vogel geschlagen; durch diese Bewegung wurde das Pferd aufsaltern des Bogels erschreckt und zog sich der Herr v. Rainsdorf, der ein auch im Sportreisen bekannter tüchtiger Reiter ist, schwere Verletzungen des Gehirns zu, daß er alsbald eine Leiche war. Herr v. Rainsdorf stand im Alter von 37 Jahren und hinterläßt eine trauernde Witt und 5 Kinder.

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Königsberg i. Pr., 3. Dezember. Alle Züge sind eingeschneit. Wir sind seit gestern Morgen ganz ohne Zeitungen und Briefe. (N. Z.)
Hermannstadt, 2. Dezember. Das evangelische Landeskonfessionarium hat beschlossen, an das Landeshaus eine Petition zu richten um Gewährung des Vertretungsgerechtes im Oberhause, wie solches die übrigen Konfessionen des Landes haben.
Newyork, 1. Dezember. Nach Meldungen aus Mexiko ist die Uebernahme der Regierung durch den Präsidenten General Diaz in größter Ordnung und Ruhe vor sich gegangen.